

## **Beschlussprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung**

22. Sitzung  
10. April 2013

Beginn: 15.41 Uhr  
Schluss: 17.20 Uhr  
Anwesenheit: siehe Anlage 1  
Vorsitz: Frau Abg. Cornelia Seibeld (CDU)

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Herrn Sen Heilmann (SenJustV) repräsentiert.

### Punkt 1 der Tagesordnung

#### **Aktuelle Viertelstunde**

Herr Sen Heilmann (SenJustV) sowie zur Anfrage der Fraktion Die Linke ergänzend Herr Generalstaatsanwalt Rother (Generalstaatsanwaltschaft Berlin) und zur Anfrage der Piratenfraktion ergänzend Herr Oberstaatsanwalt Raupach (Staatsanwaltschaft Berlin) nehmen zu folgenden Anfragen der Fraktionen Stellung:

- Kontrollbefugnis des Datenschutzbeauftragten hinsichtlich des Umgangs mit Funkzellenabfragen bei der Staatsanwaltschaft?

(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

- Funkzellenabfrage – Rechte des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit:
  1. Teilt der Senat die Ansicht der Berliner Staatsanwaltschaft, dass der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit keine Befugnis zur Überprüfung des

Vorgehens der Staatsanwaltschaft im Vorfeld einer richterlichen Anordnung für eine Funkzellenabfrage habe?

2. Wurde der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit inzwischen in die Erarbeitung eines Konzeptes einbezogen, das bisherige Versäumnisse bei der Kennzeichnung, Benachrichtigung und Löschung von Funkzellendaten in Zukunft vermeiden soll?“

(auf Antrag der Piratenfraktion)

- Mordfall Burak B. – Was hat die Berliner Staatsanwaltschaft in einem Jahr erreicht?

(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- Welche Erkenntnisse hat der Senator für Justiz und Verbraucherschutz über die jetzt bekannt gewordenen rechtsextremistischen Netzwerke in Haftanstalten? Gibt es diese auch in Berlin und sind Berliner Justizvollzugsanstalten davon betroffen?

(auf Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU)

(siehe Inhaltsprotokoll).

## Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 17/0597  
**„Schwitzen statt Sitzen“ erleichtern**

[0096](#)  
Recht  
Haupt

Herr Abg. Behrendt (Bündnis 90/Die Grünen) begründet Punkt 2 der Tagesordnung für seine Fraktion.

Nach Aussprache und Stellungnahme von Herrn Sen Heilmann (SenJustV) beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion, den Antrag – Drucksache 17/0597 – abzulehnen.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum über den Hauptausschuss.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Stand des offenen Vollzuges in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der  
CDU)

[0109](#)  
Recht

Herr Abg. Rissmann (CDU) begründet den Besprechungsbedarf für die Fraktionen der SPD und der CDU.

Nach Aussprache und Stellungnahme von Herrn Sen Heilmann (SenJustV) wird Punkt 3 der Tagesordnung einvernehmlich auf Antrag von Herrn Abg. Kohlmeier (SPD) vertagt.

### Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 17/0819  
**Berlin setzt sich ein gegen Korruption: Bestechung  
im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen**

[0129](#)  
Recht  
GesSoz(f)

Dem Ausschuss liegt als Tischvorlage ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU zur Drucksache 17/0819 vor (Anlage 2).

Herr Abg. Behrendt (Bündnis 90/Die Grünen) begründet Punkt 4 der Tagesordnung für seine Fraktion.

Nach Aussprache und Stellungnahme von Herrn Sen Heilmann (SenJustV) beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU (Anlage 2) einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion zu. Im Anschluss empfiehlt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke, den Antrag – Drucksache 17/0819 – mit der zuvor beschlossenen Änderung anzunehmen.

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0110](#)  
**„Postkontrolle – Verfassungsschutz als Hilfsbeamte** Recht  
**der Berliner Staatsanwaltschaft?“**  
(auf Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und  
Die Linke)

Herr Abg. Dr. Lederer (Die Linke) begründet Punkt 5 der Tagesordnung.

Nach Aussprache und Stellungnahme von Herrn Sen Heilmann (SenJustV) wird die Besprechung zu Punkt 5 der Tagesordnung abgeschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

1. Terminplanung für Haushaltsberatungen 2014/2015 im Rechtsausschuss:

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Koalitionsfraktionen bezüglich des vom Hauptausschuss vorgelegten Zeitplans für die Haushaltsberatungen noch Abstimmungsbedarf sehen. Der Beschluss über den Terminplan für die Haushaltsberatungen im Rechtsausschuss soll daher in der nächsten Sitzung am 8. Mai 2013 erfolgen.

2. Nächste (23. Sitzung): 8. Mai 2013, 15.30 Uhr, Raum 113.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Cornelia Seibeld

Benedikt Lux

**Änderungsantrag**

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
über

**Berlin setzt sich ein gegen Korruption: Bestechung im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen**

Drs. 17/0819

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über **Berlin setzt sich ein gegen Korruption: Bestechung im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen** - Drs. 17/0819 - wird wie folgt geändert:

Die Worte „im Bundesrat selbst eine Initiative einzubringen beziehungsweise sich einer entsprechenden Initiative anzuschließen, wonach der Straftatbestand der Bestechung (§ 334 StGB) bzw. der Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB) so ausgestaltet wird“ werden ersetzt durch die Worte „sich auf Bundesebene dafür einzusetzen“.

Berlin, den 10. April 2013

Kohlmeier  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der SPD

Rissmann  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU